

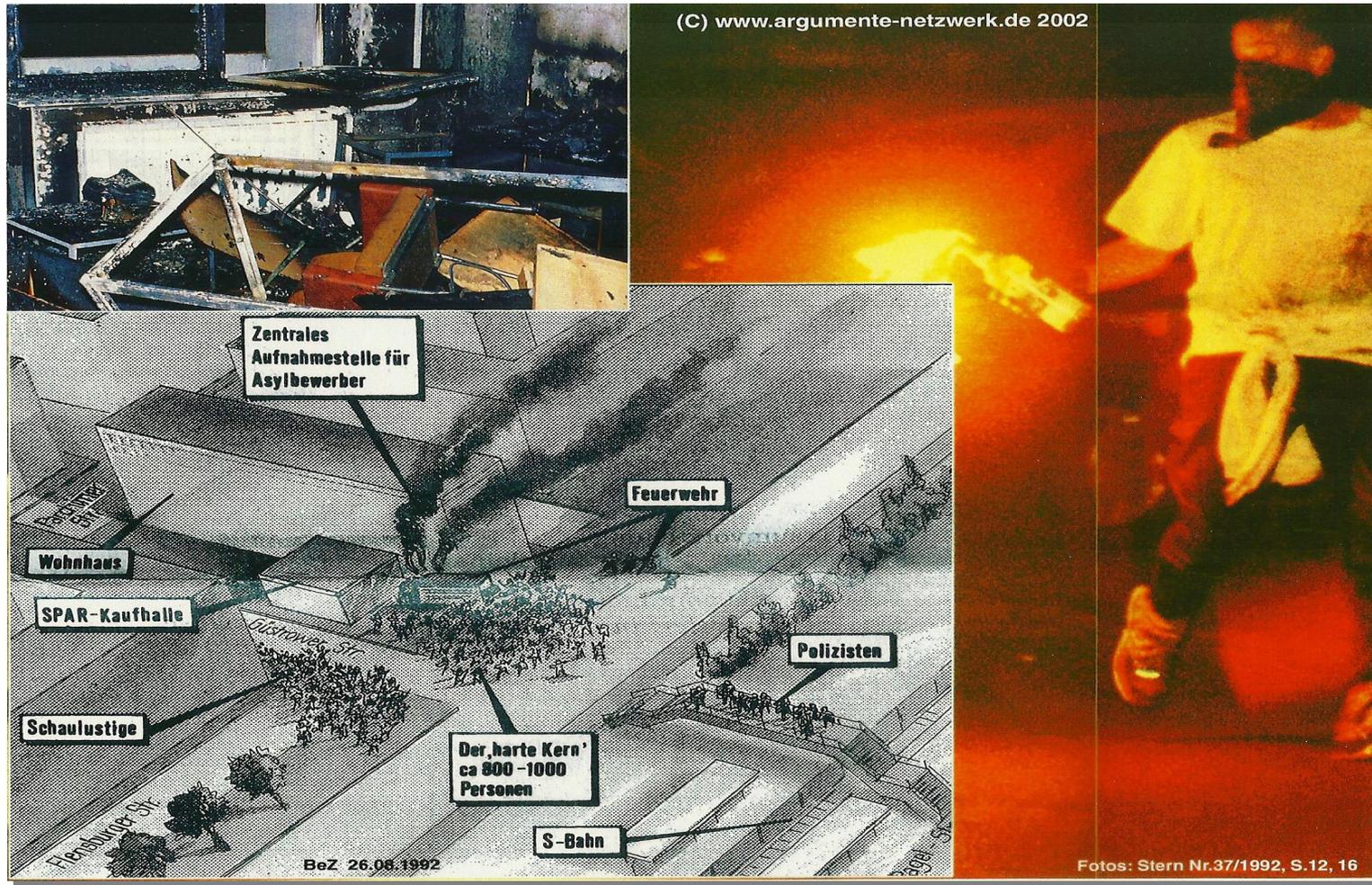
Zwischen Normalisierung & Skandal: Rechtsextremismus im Spiegel der Medien



Gedenken an die NSU-Opfer im November
2011 in Berlin

Foto: Christian Ditsch/version

1989-1993: Pogrome, Straßenterror und täterzentrierte Berichterstattung



Die Berichterstattung über die Pogrome in Hoya & Rostock war täterzentriert und ermutigte durch ihre Ambivalenz zu Nachahmungstaten.

1989 - 1993: Pogrome & Straßenterror & täterzentrierte Berichterstattung

Ausländer müssen in Deutschland um ihr Leben bangen

BeZ 07.09.1992

Nur massive Polizeiaufgebote verhinderten in allen fünf neuen Bundesländern größere Ausschreitungen / Auch Berlin betroffen

In Ostdeutschland ist es am Wochenende zu den schwersten ausländerfeindlichen Krawallen seit Ausbruch der Gewaltwelle vor zwei Wochen in Rostock gekommen. Eine Eskalation konnte nur durch massive Polizeiaufgebote verhindert werden. Auch in Westdeutschland kam es zu Angriffen auf Asylbewerberheime.

Berlin

Rund 250 Berliner Polizeibeamte verhinderten in der Nacht zu gestern Angriffe auf Ausländerunterkünfte im Bezirk Hohenschönhausen. Nach Aussagen der Polizei waren bereits in der vergangenen Woche Hinweise auf mögliche Gewaltakte am Wochenende eingegangen. Daraufhin wurden 570 Männer und Frauen aus der rechts- und linksradikalen Szene überprüft. Die Polizei nahm elf Personen vorläufig fest. Die Beamten stellten Sonnabend nacht unter anderem zwei Brandsätze, zehn Gas- und Schreckschußpistolen, zwei Baseballschläger, zwei Schlagstöcke, neun Messer, zwei Sturmhauben, Farbsprüh Dosen sowie Signalmittel sicher. Wie der Einsatzleiter der Polizei, Otto Dreksler, informierte, seien in 370 Fällen die Personalien aufgenommen wurden. Dadurch wären potentielle Krawallmacher verunsichert worden, sagte Dreksler.

In den fünf Wohnheimen des Berliner Neubauviertels Hohenschönhausen leben etwa 4500 Ausländer und Asylbewerber.

Brandenburg

Die schwersten Zwischenfälle zeichnete am Wochenende Brandenburg. Ziel der Randalierer waren Ausländer-Wohnheime in Eisenhüttenstadt, Prenzlau, Guben und Cötnbus-Sachsendorf. Auch in Kremen, Gandow und Lübbenau kam es zu Ausschreitungen. Dabei wurden zwei Polizeibeamte verletzt.

Bereits die dritte Nacht in Folge lieferten sich Jugendliche vor der Zentralen Asylbewerberstelle (ZAST) in Eisenhüttenstadt eine Straßenschlacht mit Polizei und Bundesgrenzschutz. Etwa 40 Radfahrer warfen Steine und Brandfächer auf die Beamten. Mehr als 100 Sympathisanten feuerten die Rechtsradikalen an. Die Polizei



Vermummte Jugendliche griffen in der Nacht zu gestern die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber in Eisenhüttenstadt an.

Foto: Gaul

mit Molotow-Cocktails an. Außerdem attackierten sie einen Reisebus mit Asylbewerbern und steckten ein Auto in Brand.

In Guben gelang es der Polizei, vier Randalierer, darunter die beiden Rädelführer, dingfest zu machen. Etwa 20 vermummte Jugendliche hatten Pfistersteine auf das Asylbewerberheim geworfen.

In Lychen, Wittenberge und Wittstock löste die Polizei Menschenansammlungen auf, bevor es zu Ausschreitungen kam. Die Polizei setzte am Wochenende acht Hundertschaften zusätzlich ein.

Sachsen

In Koblenz (Kreis Hoyerswerda) warfen Unbekannte in der Nacht zu Sonnabend zwei Brandsätze in ein Wohnheim von Vietnamesen. Ein Zimmer und ein Abstellraum brannten aus, eine Bewohnerin erlitt bei

radikale randalierten in Chemnitz vor einer Flüchtlingsunterkunft und skandierten fremdenfeindliche Parolen. Polizeikräfte verhinderten in Werdau einen Angriff auf das Asylbewerberheim. Nach dreistündigen Auseinandersetzungen räumten die Beamten den Vorplatz und nahmen zehn Personen fest.

Thüringen

Fünf Jugendliche verübten in der Nacht zu gestern einen Brandanschlag auf das Asylbewerberheim Ecklingerode (Landkreis Worbis). Die Molotow-Cocktails entzündeten sich jedoch nicht. Die Attentäter konnten unerkannt entkommen. Vor einem Heim in Bad Langensalza wurde ein Brandsatz gefunden, der sich ebenfalls nicht entzündet hatte.

Sachsen-Anhalt

Bruch. Versuchte Angriffe auf Ausländerunterkünfte wurden auch aus Wernigerode, Mansfeld und Hettstedt gemeldet.

Mecklenburg-Vorpommern

Asylbewerberunterkünfte in Trassenheide auf der Insel Usedom Pritzier und Uckermark waren das Ziel gewalttätiger Jugendlicher. Mehr als 30 Jugendliche versuchten, das Heim in Trassenheide zu stürmen. Die Polizei nahm 15 der Angreifer, von denen einer verletzt wurde, fest. Eine mit Knütteln bewaffnete Gruppe versuchte zur gleichen Zeit ein Heim in Pritzier westlich von Schwerin zu besetzen. Die Angreifer warfen Steine und schossen Feuerwerkskörper ab. Ein starkes Polizeiaufgebot konnte die zum Teil vermummten Jugendlichen vom Sturm auf das Gebäude abhalten. Bereits am späten Freitagabend

unterkunft vorgesehen hatten.

Alte Bundesländer

Auch in Westdeutschland kam es zu Angriffen auf Asylbewerberheime. In Bonn wurde in der Nacht zu gestern nach Angaben der Polizei sogar auf die Wohnung eines arabischen Asylbewerbers geschossen. Die Kugel durchschlug die Fensterscheibe, verletzte aber niemand.

Drei Verletzte forderte ein Brandanschlag auf ein Heim im oberbayerischen Engelsberg. Dort sind gegenwärtig über 100 Asylbewerber untergebracht. Teile der Einrichtung gingen sofort in Flammen auf.

In der ostthessischen Stadt Gelnhausen verhinderte die Polizei einen Brandanschlag auf eine Kaserne, in der rund 1000 Asylbewerber Unterkunft fanden. Zwei Rechtsradikale wurden festgenommen. Weitere An-

Während Neonazi-Anführer in Talkshows eingeladen wurden, kamen die Opfer kaum zu Wort.

Mangelnde Kontinuität in der Berichterstattung



Das mutmaßliche NSU-Kerntrio und die Mehrzahl seiner UnterstützerInnen kommen aus der „Pogrom-Generation“. Mangels Kontinuität in der Berichterstattung geriet diese Neonazi-Generation aus dem Blickfeld.

1989 - 1993: Pogrome, Straßenterror & läterzentrierte Berichterstattung

Politikerphrasen, träge Moderation und die Begegnung mit der rechten Szene

Nordhausen (Hr.) Zerrissenheit, Unsicherheit im Umgang mit adreßen was es, die die Podiumsdiskussion am Montagabend im Theater Nordhausen kennzeichnete. Was sich durch die unterschiedlichsten Besetzungen im vorausgehenden Kabarett- von Stauding (Dritt) und nicht als viele Zeitgenossen hatten sich auf der Bühne niedergelassen, um im Rahmen der Woche des ausländischen Mitbürgers über den Umgang mit ausländischen Mitbürgern und die Rolle der Parteien hinsichtlich dieser Thematik zu diskutieren. Organisiert vom Theater Nordhausen und der Caritas fanden sich auf dem Podium der Ausländerbeauftragte Thüringens, Eckhardt Peters, der Vertreter der Polizeiinspektion, Herrmann, der katholischen Domgemeinde, Ippel, Landrat Joachim Claus, Alexander Schiwie, der Ausländerbeauftragte der Stadt Nordhausen, Peter Fischer vom Theater und Winfried Thierackert als Vertreter der SPD ein.



Größere Szenen auf der Bühne sind gewesen: Die Podiumsdiskussion im Nordhäuser Theater. Fotos (Hr.) Greiner

vertrieben sah. Dank des klugen Moderators, Thomas Kahlert, wurde es offensichtlich nicht verstand, das Gespräch zu lenken und viele Teilnehmer zu Wort kommen zu lassen, entfernte sich der Diskurs unauflöslich vom Hauptthema, das von einer Zuhörerin in jeder in den Vordergrund gerückt wurde. „Wie können wir besser mit den Ausländern umgehen?“ wollte sie wissen. Typisch war nicht, dafür Feststellungen auf die Erfahrung, daß sie heute schon von hier aus miträumlich sei, erst einen Zaun zähe und dann seinen Garten gräbe. Landrat Claus brachte eine solche Ansicht nach gängiger Meinung zum Ausdruck, man habe nicht gegen Ausländer, aber sie müßten nicht unbedingt neben uns wohnen.



Emotionaler Ausdruck: Schüler der Hildesheimer Hildesbrunnenschule.

Vertreter rechter Gruppe ragten gehörig nicht zu den Eingeladenen, jedoch sind unter dem Zuhörer, ein durch seine Uniform auffallender Vertreter einer rechten Vereinigung (FAP) und sorgte gleich zu Beginn der Veranstaltung für einen Eklat. Einer der Anwesenden des Saal erwartungsvoll, mit einem solchen Menschen in einem Saal zu sitzen und verließ nicht allein die Bühne, sondern auch die Bühne drohen? Ist es möglich, über andere, zweifelhafte verurteilt, wüßige, Gruppierungen, zu richten, deren Argumente zu hören, wie sie nicht in ihr deutsches Land eine Diskussion zu verlassen, kann keine Methode des Wasserstrahls sein. Der Thüringer Ausländerbeauftragte forderte, sich selbst vorzulegen und es das Thema solle. Dem Menschen mit der Ohnmacht neben sich setzen dessen Argumente was ihnen solle. Anderer Meinung was Alexander Thierackert, der Minister See nur die Vertagung deutscher Macht



In voller Panelatmosphäre im FAP-Saal.

Schulbeiden und gefährlich ist die deutsche Gesetzgebung, lautet ein Ausspruch in der Runde. Erdröckel, der die Situation über seine Erfahrung mit dieser hochelitären Gruppe, so, daß er sich nicht als „Ausländer“ und „ausländische Ausländer“ sei, es zu der Tagesordnung, über die unvorjungen Besatzung. Peter Fischer wollte den Betrug der Parteien an die sich bis jetzt nur durch moralische Appelle auswirken. Beleg.

ansatzpunkt war die Feststellung Nordhäuser Klubs von der Partei, daß die Partei nur beabsichtigt seien, den Sprung der Rechten über die 63-Prozente zu verhindern, statt eigene Fehler zu finden, wie in Hamburg geschah. Das Böse sei die Strafe, die fatal überkandidelt, nicht der tägliche Umgang mit den Ausländern, konstatierte Peter Fischer. Ein junges Teilnehmerin berichtete von Verweigerung, Jugendlichkeit zu besitzen, die sich überlebt seien. Sie sei (aktive sei Resignation). Symptomatisch für viele davon und genauso die zwei gegenseitigen aber eigenzusammenhängenden Aussagen der Parteivertreter. Landrat Claus konnte nur feststellen, er habe dies bereits, während Thierackert von der SPD äußerte, daß er einen Eklat verurteilt. Durch zu viele Ausländer und eine Belastung seines Hauses durch darauf wartende Ausländer seien. Statt Aktion, welche Bilanz sei, gab es zum Umgang mit Ausländern und Berlin? Die Gleichheit war gebührend.



Empfang über unvorjunge Gesetzgebung: Alexander Schiwie.



Rolle der Anwesenheit eines Rechtsanwalts nicht ertragend: Matthias Altmann.

Realismus und Mut!

Rechtsradikale im Eichefeld: Junge Männer mit kurzgeschorenen Haaren und Sprunggelenken wurden wohl mal geschickt. Und von Schlägergruppen zwischen „Rechten“ und „Linken“ hat man ebenfalls schon mal gehört. Pfarrer und Lehrer aber, die vor einem Akkord nach rechts vorstießen, blähen gemeinsame Rufer in der Wüste – ein diffuses Bild von vereinzelt Fragestellungen hat sich verformt. Inhomogenität, Inhomogenität, Inhomogenität, Inhomogenität, Inhomogenität.

Harmlos ist aber der Fall, schreie aller Begriffe für das, was die Polizei allein in der Wohnung des „Rädelsführers“ fand. Eine derart un-

fangreiche Dokumentation der Volksmeinung und Menschenverachtung perfidester Art ist kaum mit Worten zu beschreiben. Und ein „Rädelsführer“ hat Gefolge. Der Eindruck von pubertierenden, fahlgeliebten Junge muß allergrößtenteils jetzt Realismus weichen. Und Mut. Dem Mut, sich einzumischen, die Stimme zu erheben, wenn zu später, alkoholisierten Stunde die dritte Skizze des Deutschlandbildes gezeichnet wird, wenn Fragestellungen zum Umgang mit Ausländern und Behinderten gestellt werden.

Rechtsradikale im Eichefeld: Wie wandern, so auch hier, zu gefährlich, um bagatellisiert zu werden.

Silke Hellwig

„Vertreter rechter Gruppierungen gehörten nicht zu den Eingeladenen. Jedoch saß unter den Zuschauern ein durch seine Uniform auffallender Vertreter einer rechten Vereinigung (FAP) und sorgte gleich zu Beginn für einen Eklat. Einer der Anwesenden fand es unerträglich mit einem solchen Menschen im Raum zu sitzen und verließ nicht allein die Bühne. Toleranz? Sich wegrehnen?“

Ostthüringer Zeitung, 13. März 1993

Biedermeier, Brandreden, Brandstifter



Solingen nach dem Brandanschlag am 29. Mai 1993
(Foto : commons.wikimedia.org)

Drei Tage nach der de facto Abschaffung von Artikel 16 GG verüben Neonazis am 29.05.1993 einen Brandanschlag in Solingen. Saime Genc, Hülya Genc, Gülüstan Öztürk, Hatice Genc, und Gürücüm Ince sterben in den Flammen. Die Berichterstattung ist einhellig und eindeutig in ihrer Verurteilung des Anschlags - aufgrund des Wechsels der Opfergruppe.

1994 - 1997: Aus Tätern werden Wendeopfer und die Szene zur Bewegung.



Bei der Berichterstattung über die Bewaffnung der Neonazis und Terrorkonzepte von B&H / Combat 18 verließen sich Medien überwiegend auf die Nachrichtendienste und deren Analysen.

1997 - 2000: Kommunale Schulterschlüsse gegen journalistische Nestbeschmutzer

Nachdem in ländlichen Regionen Zonen neonazistischer Hegemonie entstanden sind, berichten darüber zumeist überregionale Medien - und die werden von Kommunalpolitikern und -medien gleichermaßen dafür angegriffen.



2002- 2002: Aufstand der Anständigen und medialer Perspektivwechsel



Nach dem Mord an Alberto Adriano an Pfingsten 2000 beginnt der “Aufstand der Anständigen”. Mit dem politischen Paradigmenwechsel in der Auseinandersetzung mit Rechts- extremismus wandelt sich auch die Berichterstattung: zur Opferperspektive und Aktivitäten gegen Rechts.

2002 - 2004: Normalisierung mit NPD-Schock

Seit dem “Aufstand der Anständigen” verändert sich vielerorts die Berichterstattung in den Lokalmedien. Doch noch immer wird Rechtsextremismus als Ostproblem beschrieben - und damit festgeschrieben. Als der “News”-Wert der Berichte sinkt, erfolgt die Normalisierung. Diese wird durch die Wahlerfolge der NPD in 2004 in Sachsen und 2006 in M-V nur kurz durchbrochen.

Zur Anzeige wird die QuickTime™-
Medienkomponente benötigt.

2004 - 2009: Polizeihandeln im Fokus der Berichterstattung

Mitteldeutsche Zeitung

Mitteldeutschland

30.7.08

3

Debatte um Kampf gegen Rechts - Polizei in Burg erneut in der Kritik

Lange Schatten einer Diskonacht

Zwei Flüchtlinge sind von Rechtsextremisten angegriffen worden - Jetzt fühlen sie sich nicht mehr sicher

Nach einem ausländerfeindlichen Überfall in Burg erheben die Opfer schwere Vorwürfe gegen die Ermittler. Die sehen indes keinen Grund zur Kritik.

Von unserem Redakteur
ALEXANDER SCHIERHOLZ

Burg/MZ. Seit dem 25. Mai 2008 hat François Angst um sein Leben und will nur noch weg aus Burg. Es ist ein Sonntag, früh gegen 2 Uhr, als der Asylbewerber aus Burkina Faso und sein Freund Sami (Namen geändert) die Diskothek „Night Fly“ im Zentrum der Kreisstadt des Jerichower Landes verlassen. Vor der Tür sehen sie sich einem Dutzend Rechten gegenüber. Die brüllen Sprüche wie „Was willst du hier, Neger“, dann schlagen sie zu. François, 24, wird am rechten Auge verletzt. Sami, 31, Migrant aus Saudi-Arabien, trägt Verletzungen am Kopf davon. Nach einer ersten ambulanten Behandlung stellt sich heraus, dass er operiert werden muss. Vielleicht wird er nie wieder richtig laufen können.

Gleich um die Ecke: Die Burger Diskothek „Night Fly“ liegt unweit des Polizeireviers (im Hintergrund). Vor der Disko waren Ende Mai zwei Flüchtlinge von Rechtsextremen überfallen worden. Als ausgewiesener Treffpunkt der rechten Szene gilt das Lokal nach Polizeiangaben aber nicht. MZ-Foto: Andreas Steffler



„Ich will mich nicht länger wegen meiner Hautfarbe verstecken müssen.“

FRANÇOIS
FLÜCHTLING AUS BURKINA FASO

„Sie haben uns einfach so angegriffen“, sagt François, „grundlos“. Er sitzt in seinem Zimmer in einem Flüchtlingsheim am Rande Burgs und knetet unablässig die Hände zusammen. „Wir können nicht in den Park, nicht ins Café, nicht in die Disko“, schildert er die Situation von Asylbewerbern in Burg. Übergriffe und Provokationen habe es schon öfter gegeben, so schlimm sei es aber noch nie gewesen.

Doch es ist nicht nur der Überfall, der François und Sami erschüttert hat. Es ist auch der Umgang der Polizei damit. „In die Polizei“, sagt der 31-jährige Saudi resigniert, „habe ich kein Vertrauen mehr“. In jener Nacht haben sie per Handy den Notruf gewählt, wenige Minuten später fährt ein Streifenwagen mit zwei Beamten vor der Disko vor. „Die Schläger standen noch neben uns“, erzählt Sami. „Ich habe sie den Polizisten gezeigt, aber das hat die gar nicht gekümmert.“ Die Streife bringt die beiden Opfer aufs Revier. Personalien Umstehender nimmt sie nicht auf. Als Sami sich nach einer ersten Behandlung im Krankenhaus noch am selben Tag

bei der Polizei darüber beschwerten will, bekommt er auf dem Revier zu hören: „Was willst du denn, wir haben dir doch den Arsch gerettet.“

Für Heike Kieffner von der Mobilen Opferberatung ist der Fall ein weiterer Beleg dafür, dass es in Burg offenbar Polizisten gibt, die kein Interesse haben an der Verfolgung rechter Straftaten“. Kieffner erinnert an zwei Fälle, die Schlagzeilen machten: Im Oktober 2006 stürmen in Gerwisch, unweit von Burg, rund 20 zum Teil verurteilte Angehörige der rechten Szene eine Geburtstagsfeier von Linken. Die Polizei nimmt Hinweise vor dem

IERICHOWER LAND Militante rechte Kameradschaftsszene

Beratungsstelle. Opfer seien sowohl Migrant als auch nicht-rechte Jugendliche. Das vom Land verfügte und erst am Montag in einem Elverfahren vom Oberverwaltungsgericht kassierte Verbot der BWSG habe der Szene eher Auftrieb gegeben, vermutet Kieffner. Der Verfassungsschutz

rechnet rund 60 Aktive zu den gewaltbereiten Rechten in der Region. Die Burger Diskothek „Night Fly“, vor der die Migranten überfallen wurden, gilt laut Polizei nicht als ausgewiesener rechter Treffpunkt. Dennoch seien dort häufig auch Rechte anzutreffen, sagt ein Polizeisprecher.

seine Leute: „Ich kann ihnen keinen Vorwurf machen.“ Die beiden Polizisten hätten am Tatort eine „aggressive aufgeheizte Atmosphäre“ angetroffen und deswegen entschieden, die beiden Opfer zunächst in Sicherheit zu bringen. Später hätten vier weitere Beamte vor Ort nach Zeugen gesucht. Da freilich will niemand mehr etwas gehört oder gesehen haben.

Warum nicht von Anfang an mehr Polizei am Tatort war, zumal das Revier nahe der Diskothek liegt? „Die beiden ersten Beamten waren am schnellsten verfügbar“, so Lottmann, die anderen hätten erst von

anderen Aufgaben aberufen werden müssen. Im übrigen sei die Situation nicht so eingeschätzt worden, „dass man mit zehn Mann hätte ausrücken müssen“.

Bleibt die Bemerkung auf dem Revier. „Die war unangemessen ur überzogen“, räumt der Polizeisprecher ein. Die Situation sei „verhältnismäßig eskaliert“, der Saal habe die Beamten beschimpft und geschrien, habe auch mit Flugblättern und Broschüren um sich geworfen. „Da ist meinem Kollege diese Äußerung rausgerutscht.“ stellt es die Polizei dar. Die beiden Opfer bestreiten indes, auf dem Revier aggressiv geworden zu sein.

Die Ermittlungen in dem Fall haben unterdessen der Staatsschutz übernommen. „Nach allem, was wir wissen, müssen wir von einer rechten Hintergrund ausgehen sagt Lottmann. François bestätigt das nur in seinem Wunsch, Burg verlassen. „Ich will mich nicht länger wegen meiner Hautfarbe verstecken müssen“, sagt der Schwabe. Die Opferberatung hat bei den Behörden beantragt, ihn in ein anderes Flüchtlingsheim zu verlegen.

NSU-Morde: Rassismus und Staatsvertrauen



Quelle : dpa

Nach den NSU-Morden an Mehmet Kubasik in Dortmund und Halit Yozgat in Kassel am 4. und 6. April 2006 demonstrierten in Kassel Anfang Mai 2006 rund 2.000 Migrant_innen unter dem Motto „Kein 10. Opfer“ - doch es gab kaum Berichterstattung darüber.

2009 - 2011: Gewöhnung und Normalisierung



Marwa el-Sherbini, 32, ermordet am 1. Juli 2009 von einem NPD-Anhänger im Landgericht Dresden.



Kamal Kilade, ermordet von einem Neonazi am 1.10.2010 hinter dem Leipziger Hauptbahnhof.

11/2011- 2013: NSU und Terror



Quelle : apabiz.de



Alltägliche rechte und rassistische Gewalt bleibt in den Randspalten.

Lediglich ein Viertel aller rassistisch motivierten Gewalttaten und Bedrohungen werden von den Betroffenen angezeigt.

(Erhebung der Europäischen Union zu Minderheiten und Diskriminierung, 2010)

Lediglich ein Viertel aller Täter_innen im Kontext rassistisch und rechts motivierter Gewalt kommen in Kontakt mit Strafverfolgungsbehörden.

(Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen, 2009)



Eine Frage der Wahrnehmung

Seit 1992 töteten Rechtsextreme 22 Menschen

Trügerische Ruhe seit dem Mordanschlag von Mölln / Die meisten Toten in den al

Nach einem halben Jahr trügerischer Ruhe seit den Morden von Mölln haben die rechtsradikalen Gewalttäter mit den vier Toten von Solingen ein neues Zeichen ihrer Brutalität gesetzt. In diesem und dem vergangenen Jahr töteten die Mörder von Rechts mindestens 22 Menschen. Die folgende Chronik basiert vor allem auf Zahlen des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Von den Opfern rechtsextrem motivierter Gewalt starben sieben Menschen in den neuen und 15 in den alten Bundesländern.

1990

25. November: Skinheads greifen im ostdeutschen Eberswalde (Brandenburg) Afrikaner in einer Diskothek an. Ein Angolaner stirbt.

1991

20. September: Im ostdeutschen Hoyerswerda (Sachsen) wird ein vorwiegend von rumänischen Sinti und Roma bewohntes Ausländerheim mit Brandsätzen, Stahlkugeln und Steinen angegriffen; mindestens 30 Verletzte.

3. Oktober: Am ersten „Tag der Deutschen Einheit“ zünden Skinheads in Hünxe am Niederrhein (Nordrhein-Westfalen) ein Heim für Asylbewerber an. Zwei libanesische Mädchen erleiden lebensgefährliche Verletzungen.

1992

15. März: In Saal (Mecklenburg-Vorpommern) erschlagen Jugendliche einer Rumänin in einem Asylbewerberheim.

18. März: Zwei neonazistische Skinheads prügeln in Buxtehude (Niedersachsen) einen Mann zu Tode, der sich abfällig über Adolf Hitler und das Dritte Reich geäußert hatte.

19. März: Ein Mann, der mit Skinheads über deren politische Ansichten gestritten hatte, wird in Flensburg (Schleswig-Holstein) das Opfer eines Überfalls neonazistischer Skinheads.

4. April: Einer Brandstiftung in einem Asylbewerberheim in Hörstel (Nordrhein-Westfalen) fällt ein dort untergebrachter Deutscher zum Opfer.

25. April: Ein 21-jähriger ersticht in Berlin-Marzahn einen Vietnamesen. Der Täter gibt in seiner polizeilichen Vernehmung an, er fühle sich der „Deutschen Volksunion“ (DVU) zugehörig, da diese Partei etwas gegen straffällige Ausländer unternehme.

9. Mai: In Magdeburg (Sachsen-Anhalt) überfallen rund 50 Rechtsextremisten eine von Punkern besuchte Gaststätte. Eines der Opfer erliegt am 11. Mai seinen schweren Verletzungen. Bei dem Haupttäter handelt es sich um einen einschlägig bekannten Skinhead aus Wolfsburg (Niedersachsen).

1. Juli: In Neuruppin (Brandenburg) wird

ein Obdachloser von einem Neonazi erstochen.

8. Juli: In Ostfildern-Kemnat (Baden-Württemberg) prügeln verummte Täter einen jugoslawischen Staatsangehörigen zu Tode und verletzen einen weiteren schwer. Die betrunkenen Täter hatten nach dem Anhören von Hitler-Reden den Entschluß gefaßt, „Polacken zu klat-

Pogrom

Gewaltakte des Mobs aus einer gesellschaftlichen Stimmung heraus gegen rassische oder ethnische Minderheiten wie am Samstag in Solingen sind seit Menschengedenken überliefert. Sie werden als Pogrom bezeichnet. Das Wort kommt aus dem Russischen und bedeutet Verwüstung. Laut Brockhaus werden mit Pogrom „mit Plünderungen und Gewalttaten verbundene Ausschreitungen gegen Juden“ beschrieben, „im weiteren Sinne jede Ausschreitung gegen Angehörige nationaler, religiöser oder rassistischer Minderheiten“. Im Mittelalter seien Pogrome „von Kirche und Staat toleriert oder angestiftet, auch später meist vom Staat gebilligt oder initiiert“ worden, so im zaristischen Rußland seit den 1880er Jahren, vor allem in der Ukraine.

Das nationalsozialistische Deutschland setzte mit den verharmlösen „Reichskristallnacht“ genannten Ausschreitungen gegen Juden am 9. und 10. November 1938 ein in seiner Unmenschlichkeit einmaliges Fatale. Vorwand für die gewalttätigen Aktionen, die heute kritischer als „Pogromnacht“ bezeichnet werden, war ein Vorfall, der sich zwei Tage vorher in Paris ereignet hatte. Ein 17-jähriger Jude namens Herschel Grynszpan schoß in der deutschen Botschaft in Frankreich auf den Rat der deutschen Gesandtschaft Ernst von Rath. NS-Propagandaminister Joseph Goebbels rief zur Vergeltung auf, und Parteifunktionäre organisierten beispiellose Gewalttaten gegen die jüdische Bevölkerung in Deutschland. Im gesamten Reichsgebiet brannten die Synagogen. Wohnungen, Geschäfte und Friedhöfe wurden zerstört oder geschändet. 91 Menschen wurden umgebracht. Rund 30 000 Juden wurden verhaftet, viele von ihnen kamen schon damals in Konzentrationslager, zunächst um sie zur Auswanderung zu drängen. (AP)

schen“ und sich zu d Schlagswerkzeugen und ver ausgerüstet.

1. August: Zwei 17-jährige Breisig (Rheinland-Pfalz) den Obdachlosen durch

erstichte. In den Vernehmungen räumen die Täter eine rechtsextremistische Überzeugung ein.

3. August: Ein bereits militant-rechtsextremistisch hervorgetretener „Ordner“ einer Diskothek in Stotternheim (Thüringen) tötet einen polnischen Saisonarbeiter, der angeblich die Zeche prellen wollte. An der Tat sind zwei weitere Skinheads beteiligt.

22. August: In Rostock-Lichtenhagen wird das Zentrale Asylbewerberheim von Mecklenburg-Vorpommern zwei Tage von Hunderten von Jugendlichen belagert. Anlieger klatschen Beifall. Bilder davon gehen um die Welt. Ein von Vietnamesen bewohntes Haus wird in Brand gesteckt. Wie durch ein Wunder wird niemand verletzt.

29. August: In Berlin-Charlottenburg verletzen zwei Skinheads zwei Stadtstreicher so schwer, daß einer der Geschädigten am 5. September seinen Verletzungen erliegt. Einer der Tatverdächtigen ist Anhänger des Ku Klux Klans.

26. September: Neonazis setzen die „Jüdische Baracke“ auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Sachsenhausen (Brandenburg) in Brand.

12. November: Zwei Skinheads treten in Wuppertal (Nordrhein-Westfalen) nach einem Streit einen arbeitslosen Metzger zu Tode und stecken ihn in Brand.

21. November: Ein vermutlich rechtsradikaler ersticht in Berlin-Marzahn einen Jugendlichen aus der Hausbesetzerszene.

23. November: In Mölln (Schleswig-Holstein) sterben zwei türkische Frauen und ein türkisches Mädchen bei einem Brandanschlag auf ihr Haus. Unmittelbar nach dem Anschlag geht ein Anruf bei der Feuerwehr mit nationalsozialistischen Parolen ein. Der Anschlag löst im ganzen Land Trauerkundgebungen und Lichterketten aus. Auch im Ausland gab es besorgte Reaktionen über ein Widererstarken des Rechtsextremismus in Deutschland. Zwei Deutsche stehen wegen der Tat vor Gericht.

1993

15. Januar: Zwei jugendliche Skinheads schlagen in Erfurt (Thüringen) einen 46 Jahre alten Parkwächter zusammen. Anschließend stoßen sie ihn auf eine Straße, wo ihn ein Auto tödlich erfaßt.

29. Mai: In Solingen (Nordrhein-Westfalen) sterben fünf türkische Frauen und Mädchen bei einem Brandanschlag auf ihr Haus. In der Nähe wurden Personen „im rechten Outfit“ beobachtet. (AP/dpa)

1. August: Zwei 17-jährige töten in Bad Breisig (Rheinland-Pfalz) einen schlafenden Obdachlosen durch zahlreiche Messerstiche. In den Vernehmungen räumen die Täter eine rechtsextremistische Überzeugung ein.

Seit 1990 sind mindestens 158 Menschen in Folge von rechten und rassistisch motivierten Angriffen gestorben. Doch lediglich 58 Todesopfer hat die Bundesregierung offiziell anerkannt. Seit 1990 sind über 14.000 Menschen bei politisch rechts oder rassistisch motivierten Angriffen verletzt worden, Im Jahr 2011 registrierte des Bundesinnenministerium bundesweit weniger als 800 politisch rechts motivierte (PMK) Gewalttaten. Demgegenüber gehen die Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt alleine für sechs Bundesländer von über 800 rechten Gewalttaten in 2011 aus.